

AKTENZEICHEN

O.1179.-HA.

1. f. 21. 31. An. 1
WIEN, I., SEILERSTÄTTE 3
den 7. Januar 1938.

Hochgeachteter Herr Bundesrat,

Bekanntlich wurde anlässlich des österreichisch-deutschen Ausgleichs vom 11. Juli 1936 vereinbart, dass die österreichische Regierung in einem ihr angemessen scheinenden Zeitpunkt gewisse betont nationale Kreise - gemeint waren dabei ideologische Nationalsozialisten, die sich mit dem jetzigen Stand der Dinge in Oesterreich loyal abgefunden haben - in vermehrtem Masse zur Mitarbeit am Staate heranziehen würde. Im Zuge der Verwirklichung dieses Versprechens sind denn nun auch im Laufe der vergangenen Monate in den verschiedenen Landesteilen Oesterreichs sogenannte volkspolitische Referenten der Vaterländischen Front bestellt worden. Diese Persönlichkeiten sind meistens MÄNNER, die, ohne sich allzusehr in nationalsozialistischem Sinne exponiert zu haben, dennoch das Vertrauen der mit dem jetzigen deutschen Regime sympathisierenden Bevölkerung besitzen. Man nahm gleichzeitig darauf Bedacht, tadellose und aufrechte Charaktere auszuwählen, die in gleicher Weise das Vertrauen der Regierung wie auch der durch sie betreuten Kreise rechtfertigen.

Dass solche Bemühungen nicht immer ohne Reibungen und Missverständnisse abgehen, ist begreiflich. Ueber einen solchen Zwischenfall berichtet der beiliegende, aus der amtlichen "Wiener Zeitung" vom 6. Januar entnommene Artikel, betitelt "Zur Vermeidung eines Missverständnisses", der, wie ich vermute, aus der Feder des

Herrn Bundesrat G. M o t t a ,
Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes,

B e r n .



Bundeskanzlers Dr. Kurt von Schuschnigg stammen dürfte.

Der Aufsatz geht mit dem in einem Salzburger Blatt veröffentlichten Neujahrsbekenntnis des volkspolitischen Referenten für Salzburg, welches den Titel "Frontbekenntnis und Nationalsozialismus" trug, ziemlich streng ins Gebet. Die Betrachtungen der "Wiener Zeitung" münden in der Feststellung, dass es den neuen nunmehr in die Vaterländische Front hineingeleiteten Strömungen durchaus unbenommen bleibe, dort ihre Eigenart zu betonen und ihr Geltung zu verschaffen, dass es sich dabei aber nicht mehr um irgend eine Opposition, sondern immer nur um eine positive Mitarbeit am Werke der Vaterländischen Front handeln könne. Gleichzeitig wird dem Nationalsozialismus das Recht abgesprochen, das Wort "national" für sich allein zu pachten. Der Artikel hebt hervor, dass jeder Deutsche, der sich zu seinem Volkstum bekenne, "national" sei, ganz gleichgültig welcher Staatsform seine Vorliebe gehöre oder welche Weltanschauung er vertrete.

Vielleicht dürfte dieser Aufsatz, der in symptomatischer Weise die Bemühungen der österreichischen Regierung um eine möglichst unzweideutige Abklärung der innerpolitischen Situation und eine unmissverständliche Umschreibung und Interpretation der heute hüben und drüben oft so wahllos gebrauchten Begriffe und Schlagworte widerspiegelt, Ihrem Interesse begegnen.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Gesandte:

1 Beilage.

